

Wir haben's ja ...:Staat erlässt Schuldnern 3,5 Milliarden Euro



**Dirk
Hoeren**

16.07.2024 - 20:35 Uhr

Seit Monaten tobt der Ampel-Streit über den Bundeshaushalt. Geld fehlt an allen Ecken. Und jetzt stellt sich heraus: Der Bund verzichtet trotz der Finanznot im großen Stil auf Einnahmen! Im vergangenen Jahr ließ der Bund Forderungen in Höhe von 3,55 Milliarden Euro ganz oder zeitweise fallen.

Der Milliarden-Verzicht der Bundesregierung – darum geht es: Wenn Privatpersonen oder Unternehmen Steuern oder Gebühren nicht zahlen, versucht der Staat, die Gelder einzutreiben. Gelingt das nicht, weil der Schuldner nicht zahlungsfähig oder nicht mehr greifbar ist, kann auf die Rückzahlung zeitweise oder ganz verzichtet werden.

1,5 Milliarden endgültig abgeschrieben

Davon hat der Bund im vergangenen Jahr großzügig Gebrauch gemacht: Ansprüche in Höhe von 522,7 Mio. Euro wurden komplett erlassen. Forderungen von 1,13 Milliarden Euro wurden befristet und 1,5 Milliarden Euro unbefristet nicht weiterverfolgt. Auf die Zahlung von weiteren 376,7 Mio. Euro verzichtete der Bund aus anderen Gründen (z. B. Zahlungen von Geschädigten von Naturkatastrophen an das Technische Hilfswerk).

Ansprüche von weiteren 20,3 Mio. Euro ließ der Bund aufgrund von Vertragsänderungen oder juristischen Vergleichen sausen

Der größte Batzen: Steuern

Der größte Verzicht betraf Steuern: Insgesamt 2,7 Milliarden Euro. Davon wurden 367,1 Mio. Euro endgültig erlassen. 1,1 Milliarden Euro wurden befristet, weitere 1,2 Milliarden Euro unbefristet niedergeschlagen.

Betroffen: Unternehmen oder Privatpersonen, die ihre Steuerschuld aus Finanznot nicht mehr tilgen können. Oft handelt es sich um insolvente Unternehmen, bei denen nichts zu holen ist oder deren Besitzer nicht mehr greifbar sind.

Das Finanzministerium erklärt auf BILD-Anfrage, dass Mahnungen und Vollstreckungsversuche „häufig erfolglos“ blieben. Die Behörden würden nur dann auf die Ansprüche verzichten, „wenn zu erwarten ist, dass die Einziehung keinen Erfolg haben wird oder die Kosten der Erhebung außer Verhältnis zu dem zu erhebenden Betrag stehen“. Im vergangenen Jahr gab es 4,84 Millionen Zwangsvollstreckungen durch den Zoll oder die Sozialbehörden.

Weitere 420 Millionen Euro betreffen das Forschungsministerium. Es erließ Ansprüche auf 121,7 Mio. Euro komplett und verzichtet auf die Rückzahlung von weiteren 271,7 Mio. Euro „aus anderen Gründen“. Laut Ministerium geht es dabei fast ausschließlich um Personen, denen die Rückzahlung eines Teils ihrer Bafög-Studentenkredite erlassen wurden. Das gilt vor allem dann, wenn sie ihre Studentenkredite vorzeitig tilgen.

Kaum eingeführt, hebeln linke Aktivisten in Bayern die Wirkung der Bezahlkarte wieder aus.

Arbeitgeberpräsident Dulger schaltet sich ein in den Zoff um Steuervorteile für Ausländer.

Auch Bürgergeld-Empfänger profitieren

Auch Bürgergeld-Empfänger profitieren von der Großzügigkeit des Staates, wenn sie zu hohe Leistungen erhalten haben. Ansprüche auf Rückzahlung von Bürgergeld bzw. dem früheren Hartz IV in Höhe von 9,3 Mio. Euro wurden befristet und in Höhe von 14,9 Mio. Euro unbefristet niedergeschlagen. Laut Bundesagentur für Arbeit wird nur dann so verfahren, wenn die Einziehung wegen der wirtschaftlichen Verhältnisse der Betroffenen „vorübergehend keinen Erfolg“ habe. Es werde aber nicht dauerhaft auf die Forderungen verzichtet.

Zudem gilt beim Bürgergeld seit Anfang 2023 eine neue Bagatellgrenze: Bürgergeld-Empfänger müssen seither zu viel erhaltene Leistungen bis zu 50 Euro nicht mehr zurückerzahlen. Begründung für den Verzicht: Der Verwaltungsaufwand und die Mahnkosten sind bei solch geringen Beträgen zu hoch.

.....,

Staat verschenkt Geld und das in knappen Kassen, wer verseht dies noch, kein normaler Bürger kann dies nachvollziehen.

Anmerkung: Ja wir haben ja immer noch zu viel Geld im Staat. Verzicht auf Schulden, dank unserer Regierung.

Macht ja nichts, weiterhin Schulden erlassen. Schlemmerland Deutschland, darum wollen viele Menschen hier Wohnen möchten. Sie wissen der Staat erlässt Schulden.

3,55 Milliarden Schulden erlassen.

Mit diesem Geld könnte man etwa viele Tausende Menschen ein Jahr lang mit 2.000 € monatlich an Rente auszahlen.

Oder diese Summe würde mit 500 € - Scheinen eine Höhe von etwa 770 Metern betragen. Dies verschenkt der Staat!